

Von: Referat-2@ldi.nrw.de

An:

Datum: 13.02.20 14:27

Sehr geehrter Herr Borggraefe,

wie meinem Schreiben vom 06.02.2020 angekündigt, komme ich nunmehr auf die datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Videoüberwachung in den Eingangsbereichen einer Wittener Schule zurück.

Ich habe dem Schulleiter mit Schreiben vom heutigen Tage mitgeteilt, dass diese Videoüberwachung aus den folgenden Gründen im Wesentlichen datenschutzrechtlich nicht zu beanstanden ist:

„Für eine Videoüberwachung durch öffentliche Stellen kann in bestimmten Fällen Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. e, Abs. 3 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) in Verbindung mit einem nationalen Gesetz als Rechtsgrundlage in Betracht kommen. Dabei ist zu beachten, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten von Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern im Zusammenhang mit der Erledigung innerer Schulangelegenheiten in den §§ 120, 121 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG) bereichsspezifisch geregelt ist und diese eine Videoüberwachung zur Kontrolle ordnungsgemäßen Verhaltens nicht vorsehen. Insofern kommt die in Rede stehende Videoüberwachung in den Eingangsbereichen Ihrer Schule lediglich auf der Grundlage der allgemeinen datenschutzrechtlichen Vorschriften in Betracht, die aufgrund der bereichsspezifischen Regelungen im Schulbereich gem. § 122 Abs. 1 SchulG nur ergänzend Anwendung finden.

Die allgemeinen gesetzlichen Vorgaben zur Videoüberwachung durch öffentliche Stellen finden sich in § 20 DSG NRW. Diese Regelung bezieht sich ausschließlich auf öffentlich zugängliche Bereiche. In der Schule und auf dem Schulgelände sind dies alle Bereiche, die frei oder nach allgemein erfüllbaren Voraussetzungen betreten werden können, somit auch die Eingangsbereiche.

Die Zulässigkeit einer Videoüberwachung durch öffentliche Stellen gem. § 20 DSG NRW setzt neben der Erforderlichkeit zu den dort genannten Zwecken voraus, dass keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen überwiegen. In die insoweit vorgesehene Abwägung sind nicht nur die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte, sondern auch der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule einzubeziehen. Die Beobachtung dieser Bereiche während des laufenden Schulbetriebs stellt regelmäßig einen schwerwiegenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte dar, zumal sich diese der Überwachung nicht entziehen können und somit in ihrer selbstbestimmten Bewegungsfreiheit auf dem Schulgelände in erheblicher Weise eingeschränkt werden. Die betroffenen Personen sollen sich vor und nach dem Unterricht sowie in den Pausen frei bewegen und erholen können; auch hier haben die Lehrkräfte eine Aufsichtspflicht. Außerdem geht mit dem regelmäßigen Betrieb auf dem Schulgelände während der Unterrichtszeiten eine verstärkte soziale Kontrolle einher. Insofern kommt eine ergänzende Anwendung des § 20 DSG NRW als Rechtsgrundlage für eine Videoüberwachung während des Schulbetriebs nur in besonderen Ausnahmefällen in Betracht; beispielsweise für die Überwachung eines abgelegenen Bereichs auf dem Schulgelände, welcher den Schulbetrieb nicht tangiert.

Die Annahme eines solchen Ausnahmefalls halte ich vorliegend aus den folgenden Gründen und unter den folgenden Voraussetzungen für vertretbar:

Nach Ihrem Vortrag handelt es sich vorliegend nicht um eine permanente Videoüberwachung der Eingangsbereiche, sondern um eine Videobeobachtung, die lediglich während der Unterrichtszeiten erfolge, um den Zutritt Unbefugter zu verhindern. Es würden keinerlei Daten gespeichert und demzufolge finde auch keine Datenübertragung nach außen statt. Vor Unterrichtsbeginn, nach Unterrichtsschluss sowie während der Pausenzeiten werde die Energiezufuhr des Monitors, über den die Sekretärinnen die Eingangsbereiche beobachten können, durch eine Zeitschaltuhr unterbrochen. Der „Eingangsbereich Markmannstraße“ des Hauptgebäudes verfüge über einen elektrischen Türöffner, der nur betätigt werden solle, wenn mit Hilfe des Kamerabildes festgestellt werden könne, dass eine berechtigte Person Einlass begehre. Bei den übrigen Eingangsbereichen dienten die Kameras der Überprüfung, dass die Türen während der Unterrichtszeiten tatsächlich geschlossen seien und beispielsweise nicht durch Schülerinnen und Schüler blockiert würden.

Insofern gehe ich davon aus, dass es sich bei der Kamera im „Eingangsbereich Markmannstraße“ um eine reine „Türkamera“ handelt, die nur anlassbezogen und kurzzeitig aktiviert wird, um den Sekretärinnen wie ein „verlängertes Auge“ Kenntnis darüber zu verschaffen, wer Zutritt begehrt und eine Entscheidung über die Zutrittsgewährung zu ermöglichen. Auch bei den übrigen Kameras gehe ich insoweit von einer lediglich anlassbezogenen, kurzzeitigen Beobachtung aus. Zwar können auch insofern die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte, beispielsweise im Fall einer Verspätung, betroffen sein und es ist zu berücksichtigen, dass diese die Eingangsbereiche aufgrund der grundsätzlich bestehenden Schulpflicht oder dienstrechtlicher Pflichten nicht freiwillig passieren. Der entsprechende Aufenthalt in den Eingangsbereichen zu diesem Zweck ist jedoch sehr kurz und ich gehe davon aus, dass insoweit keine Dokumentation der personenbezogenen Daten dieser Betroffenen erfolgt.

Die Kameraüberwachung dient aus meiner Sicht in erster Linie der Kontrolle von Zugangsberechtigungen im Sinne von § 20 Abs. 1 Nr. 3 DSGVO NRW.

Auch wenn seitens des Petenten vorgetragen wird, dass der beabsichtigte Zweck, den Zugang Unbefugter zu verhindern, mit Hilfe der Videokameras nicht erreicht werde, da Fremde weiterhin ohne Weiteres in die Schule gelangen könnten, indem sie warteten, bis jemand von innen eine Tür öffne oder die Schule einfach gemeinsam mit einer Gruppe Menschen betrete, halte ich die in Rede stehende Videobeobachtung dennoch für geeignet, um den beabsichtigten Zweck, dies während der Unterrichtszeiten zu verhindern, zu erfüllen.

Aufgrund der von Ihnen geschilderten Gebäudesituation mit drei Teilbereichen, die zum Teil räumlich voneinander getrennt sind und eine zentrale Einsehbarkeit der Eingangsbereiche ausschließen, sowie entsprechenden Vorfällen in der Vergangenheit wie einer Amok-Drohung, des Einschleichens schulfremder Jugendlicher in den Unterricht verbunden mit illegalen Videoaufzeichnungen sowie von Einbrüchen in das Gebäude, insbesondere in die naturwissenschaftlichen Sammlungsräume, erscheint aus meiner Sicht auch die von § 20 DSGVO NRW vorausgesetzte Erforderlichkeit gegeben. Dabei gehe ich davon aus, dass sich der von den Kameras erfasste Aufzeichnungsbereich ausschließlich auf den Bereich unmittelbar vor dem Eingang beschränkt und nicht auch öffentlichen Verkehrsraum erfasst.

Bei der im Rahmen von § 20 Abs. 1 DSGVO NRW zur Wahrung des Verhältnismäßigkeitsprinzips vorzunehmenden Interessenabwägung ist zu berücksichtigen, dass sich die Videoüberwachung vorliegend auf eine bloße Videobeobachtung der Eingangsbereiche beschränkt. Diese findet nur während der Unterrichtszeiten statt, in denen sich Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte im Regelfall gar nicht in den Eingangsbereichen aufhalten und diese in Ausnahmefällen nur kurz passieren. Davon ausgehend, dass die Videoüberwachung in Bezug auf diesen Personenkreis nicht zu weiteren Kontrollzwecken genutzt wird, wiegt der Eingriff in ihr Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung sowie ihr Recht am eigenen Bild nicht besonders schwer. Auf der anderen Seite ist der mit der Kontrolle der Zugangsberechtigungen durch die Schule verfolgte Zweck zu berücksichtigen. Die sich berechtigt in der Schule aufhaltenden Personen sollen während der Unterrichtszeiten, in denen die Eingangsbereiche keiner ausreichenden sozialen

Kontrolle durch Schülerinnen oder Schüler sowie Aufsichtspersonen unterliegen, vor den durch entsprechende Vorfälle in der Vergangenheit belegten Gefahren eines Amoklaufs oder sonstigen unerlaubten Eindringens in den geschützten Raum des Unterrichts sowie eines Diebstahls von Unterrichtsmaterial geschützt werden. Eine Gesamtbetrachtung dieser Aspekte auf der Grundlage der mir vorliegenden Informationen lässt im vorliegenden Fall auch unter Berücksichtigung der besonderen Situation an Schulen keine Anhaltspunkte dafür erkennen, dass die schutzwürdigen Interessen der Betroffenen überwiegen, so dass die in Rede stehende Videoüberwachung unzulässig wäre.

Eine Videoüberwachung sowie die zugehörigen Informationspflichten nach der DS-GVO sind durch geeignete Maßnahmen zum frühestmöglichen Zeitpunkt erkennbar zu machen (vgl. § 20 Abs. 2 DSGVO NRW). Wie nicht zuletzt an der diesem Schreiben zugrundeliegenden Beschwerde erkennbar ist, genügen die laut dem mitübersandten Verfahrensverzeichnis an den betroffenen vier Türen angebrachten deutlichen Hinweisschilder mit der Aufschrift „Dieser Bereich wird videoüberwacht“ nicht den gesetzlichen Vorgaben. Insbesondere um das bei den Schülerinnen, Schülern, Lehrkräften sowie anderen Betroffenen offenbar entstehende „Gefühl dauernder Überwachung“ zu verhindern, sollten diese in geeigneter Weise über den Zweck und den Umfang der Videoüberwachung informiert werden, so dass für sie erkennbar ist, dass es sich nur um eine Art „Türkameras“ handelt, die lediglich während der Unterrichtszeiten in Betrieb sind. Darüber hinaus sind auch die weiteren Informationspflichten im Sinne des Art. 13 DSGVO von Ihnen zu erfüllen.

Wie jedoch vom zuständigen schulischen Datenschutzbeauftragten zu Recht ausgeführt, ist die Notwendigkeit dieser Videoüberwachung regelmäßig zu überprüfen. Hierbei sollte insbesondere die von ihm erwähnte Möglichkeit des Einsatzes milderer Mittel, wie einer Verwendung der elektronischen Schülerschüssel als klassische Schlüssel – ohne Datenerhebung und -speicherung – zur Sicherstellung des ausschließlichen Zugangs berechtigter Personen, geprüft werden.“

Dementsprechend habe ich dem Schulleiter mitgeteilt, dass ich insgesamt davon ausgehe, dass er in eigener Verantwortung sicherstellt, dass beim Betrieb der Videoüberwachungsanlage den gesetzlichen Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit umfassend Rechnung getragen wird. Eine Überprüfung zu gegebenem Zeitpunkt habe ich mir vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

gez. [Redacted]

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit  
Nordrhein-Westfalen  
Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211-38424 [Redacted]  
Fax: 0211-38424-10  
E-Mail: referat-2@ldi.nrw.de<mailto:referat-2@ldi.nrw.de>  
Internet: www.ldi.nrw.de<http://www.ldi.nrw.de/>

Allgemeiner Hinweis zur Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung: Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die LDI finden Sie unter [https://www.ldi.nrw.de/metanavi\\_Datenschutzerklaerung/Infopflicht-LDI.pdf](https://www.ldi.nrw.de/metanavi_Datenschutzerklaerung/Infopflicht-LDI.pdf).

Allgemeine E-Mailadresse: [poststelle@ldi.nrw.de](mailto:poststelle@ldi.nrw.de)<mailto:poststelle@ldi.nrw.de>  
Öffentlicher Schlüssel für allgemeine E-Mailadresse:  
[www.ldi.nrw.de/metanavi\\_Kontakt/key\\_ldi.asc](http://www.ldi.nrw.de/metanavi_Kontakt/key_ldi.asc)<http://www.ldi.nrw.de/metanavi\_Kontakt/key\_ldi.asc>